

**Rede von Joachim Poß, MdB
beim traditionellen Fischessen des SPD-Ortsvereins Troisdorf
am 27. Februar 2009**

Das vor uns liegende neue Jahr wird politisch gesehen kein leichtes Jahr. Wir müssen mit den Auswirkungen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise verantwortungsbewusst umgehen. Vor diesem schwierigen Hintergrund haben wir wichtige Wahlen zu gewinnen – in Europa, in einigen Bundesländern - wie bei uns in NRW - in den Kommunen und im September 2009 dann die Bundestagswahlen.

Wir Sozialdemokraten regieren seit nunmehr 10 Jahren. In diesen 10 Jahren haben wir gute Politik für Deutschland gemacht. Das gilt – bei allen nicht immer einfachen Kompromissen (die Arbeit in einer Koalition bedeutet allerdings immer das Eingehen von Kompromissen) - auch für die 3 ½ Jahre in der Großen Koalition.

Dabei haben wir viel bewegt: Unsere **Gesellschaft ist in diesen zehn Jahren offener, moderner und toleranter** geworden. Beim Staatsbürgerschaftsrecht, bei der Gleichstellung von Mann und Frau, in der Kultur und bei der Familienpolitik.

Wir haben außerdem **Ökologie und Ökonomie miteinander versöhnt** und dabei deutlich gemacht, dass diese beiden Aufgaben nicht im Widerspruch zueinander stehen, sondern zwei Seiten ein und derselben Medaille sind: Mit dem geordneten Ausstieg aus der Atomkraft und mit einer ökologischen Industriepolitik, die auf Effizienzsteigerungen und erneuerbare Energien setzt.

Wir stehen für eine **verantwortungsbewusste Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik**: Wir bekennen uns zu Deutschlands internationaler Verantwortung und treten entschlossen **für den Frieden** ein.

Außerdem haben wir mutig die notwendigen Entscheidungen für eine **wirtschaftliche Erneuerung in sozialer Verantwortung** unseres Landes getroffen.

Noch unter normaleren weltwirtschaftlichen Umständen hat sich letzteres auch in guten Zahlen auf dem Arbeitsmarkt niedergeschlagen:

Zum ersten Mal **seit 16 Jahren** hatten wir im Oktober und im November 2008 **weniger als 3 Millionen Arbeitslose**.

Aber das weltwirtschaftliche Umfeld hat sich seit dem 15. September, seit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers, dramatisch verändert. Die Finanzkrise hat sich zu einer weltweiten Konjunkturkrise entwickelt.

Der mehrjährige Wirtschaftsaufschwung, für den wir in den letzten Jahren viel getan haben, ist zu Ende. Wir befinden uns in einer Phase der Rezession.

Diese Krise hat gravierende Auswirkungen auf alle Ebenen unseres Staates und alle Bereiche der Wirtschaft und der Gesellschaft. Heute weiß noch niemand, wie lange sie dauern wird und wie stark sie sich auf die wirtschaftliche Entwicklung und den Arbeitsmarkt auswirken wird.

In diesem schwierigen Umfeld hat die Große Koalition jeweils **zügig und entschlossen reagiert, ohne in Aktionismus** zu verfallen:

Binnen weniger Tage wurde ein **Rettungsschirm zur Stabilisierung des Bankensektors** aufgespannt: Mit diesem Hilfspaket haben wir dafür gesorgt, dass das Kreditangebot der privaten Bankwirtschaft verstärkt und die Kreditversorgung der Wirtschaft und des Mittelstandes gesichert wird. Für die Volkswirtschaft ist die Kreditversorgung essentiell. Würde sie zusammenbrechen, hätte dies auch massive Folgen für Unternehmen und Arbeitsplätze.

Es war also gut und richtig, dass unser Finanzminister Peer Steinbrück entschlossen das Paket zur Stabilisierung der Finanzmärkte auf den Weg gebracht hat. Um Missverständnissen vorzubeugen: Das Geld ist nicht geldgierigen Banken bedingungslos in den Rachen geworfen worden, sondern es ging uns darum, einen Zusammenbruch des gesamten Bankensektors mit allen daraus resultierenden Folgen für die Menschen in unserem Land zu verhindern! Und es ist klar, dass der Staat für dieses Hilfspaket Gegenleistungen fordert. Dazu kann – je nach Fall – gehören: Eine Begrenzung der Vorstandsgehälter auf 500.000 Euro, das Verbot von Bonuszahlungen und das Aussetzen von Dividendenzahlungen.

Die aktuelle Krise hat auch gezeigt, dass wir Sozialdemokraten mit vielen unserer **Ideen zu mehr Regulierung auf den Finanzmärkten** völlig richtig lagen.

Wir haben schon lange vor den Gefahren eines ungezügelter Raubtierkapitalismus gewarnt. Vor den ökonomischen ebenso wie vor den politisch-gesellschaftlichen.

Wir haben in der Partei und in der Fraktion dazu wichtige Beschlüsse gefasst:

Ein Stichwort ist die Begrenzung von Managergehältern. Bereits im vorletzten Jahr hat die SPD die Arbeitsgruppe "Angemessenheit und Transparenz von Managerbezahlungen" unter meiner Leitung eingesetzt. Bereits im April letzten Jahres haben wir Vorschläge vorgelegt, wie auf

die teilweise überhöhte **Vergütung von Managern** reagiert werden kann. Kern unseres Ansatzes ist es, mit verschiedenen Regeln dafür zu sorgen, dass Manager wieder den langfristigen Erfolg für Unternehmen und Beschäftigte im Blick haben und sich nicht von kurzfristigem Renditestreben in die Irre führen lassen. Einen Teil unserer Vorschläge haben wir in den Verhandlungen mit der Union durchsetzen können. Doch auch in diesem Fall gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Reden von Frau Merkel und dem Handeln der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, die die Verhandlungsergebnisse schon wieder in Frage stellt. Wir werden darauf dringen, dass Frau Merkel Farbe bekennt und ihren Ankündigungen auch die entsprechenden Taten folgen lässt.

Im Oktober haben wir im Willy-Brandt-Haus die Ergebnisse unserer parteiinternen Arbeitsgruppe "**Mehr Transparenz und Stabilität auf den Finanzmärkten**" vorgestellt. Unsere Antwort auf die Krise lautet: Wir brauchen eine neue Balance von Markt und Staat. Und wir brauchen eine stärkere Regulierung der globalen Finanzmärkte.

Im Gegensatz zur Union arbeiten wir an diesen Themen schon länger und sind deshalb in diesen Fragen auch glaubwürdiger und besser aufgestellt! Wir haben in dieser wichtigen Diskussion die besseren Argumente - und die werden wir im Wahljahr 2009 auch einbringen.

Die **Union** hat bei diesen Themen viel zu lange das „**hohe Lied des Marktes**“ gesungen und steht jetzt mit runtergelassenen Hosen da.

Wie bereits erwähnt, war der Schutzschirm für die Banken für uns nur Mittel zum Zweck: Letztendlich geht es uns um **den Schutz der Beschäftigten in unserem Land**. Wer die Stützung von Banken kritisiert, der muss auch offen sagen, dass bei einem Zusammenbruch von Banken auch die Beschäftigten und Kleinsparer – darunter viele Rentner – mitgerissen würden.

Wir haben daher in den zurückliegenden Wochen in zwei Schritten wichtige Maßnahmen beschlossen:

Richtschnur unseres Handelns war dabei stets die **Sicherung von Arbeitsplätzen**. An diesem Ziel müssen sich die jetzt ergriffenen Maßnahmen der Regierungskoalition messen lassen. Völlig verantwortungslos haben die **Steuersenkungslobbyisten in der Union** noch versucht, aus der Krise Kapital für ihre Klientel zu schlagen. Für uns Sozialdemokraten war dagegen klar, dass wir insbesondere diejenigen entlasten wollen, die dann einen zusätzlichen Nachfrageimpuls auslösen können. Deshalb haben wir bei beiden Konjunkturpaketen darauf gedrängt, dass vor allem **kleine und mittlere Einkommen und generell Familien mit Kindern entlastet werden**. Denn das sind nach allen

Erkenntnissen diejenigen, die das Geld dann auch ausgeben und somit die Binnennachfrage unterstützen.

Die Kaufkraft der Menschen haben wir durch eine ganze Reihe von Maßnahmen gestärkt:

- Von der **Erhöhung des Wohngeldes** profitieren rund 800.000 Haushalte, darunter sind **etwa 300.000 Rentnerhaushalte**.
- Die **Kindergelderhöhung** um **mindestens 10 Euro pro Monat** kommt besonders Familien mit kleinen und mittleren Einkommen zu Gute. Seit unserer Regierungsübernahme haben wir das Kindergeld damit **zum vierten Mal erhöht - von 112 Euro auf 164 Euro** monatlich.
- Das neue **Schulbedarfspaket** bekommen Kinder von Eltern, die ALG II oder Sozialhilfe beziehen. Das sind pro Schuljahr 100 Euro zusätzlich für den Schulbedarf.
- Zusätzlich wird der **Regelbedarfssatz für die Kinder im Alter von 6 bis 13 Jahren** in diesen bedürftigen Familien erhöht.
- Mit der Senkung des **Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung auf 2,8 Prozent** entlasten wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und deren Arbeitgeber. Bei einem Jahres-Brutto-Einkommen von 30.000 Euro ist das für die Beschäftigten eine Entlastung von 555 Euro im Vergleich zu 2006.

Auch im **zweiten Konjunkturpaket** haben wir wieder Wert auf Maßnahmen gelegt, von denen **auch kleine und mittlere Einkommen profitieren** – und nicht, wie bei den ursprünglichen Steuersenkungsplänen der Union, nur die Großen.

Besonders wichtig waren uns auch hier Familien mit Kindern. Darum haben wir einen einmaligen **Kinderbonus in Höhe von 100 Euro** durchgesetzt. Mehr war mit der Union nicht möglich, vor allem weil sie sich einer Anhebung der sogenannten „Reichensteuer“ verweigert hat. Sie wollte nicht, dass Spitzenverdiener einen solidarischen Beitrag leisten.

Das Copyright für das Konjunkturpaket II liegt bei der SPD und insbesondere bei Frank-Walter Steinmeier. Ihm ging es nicht um kurzatmiges Handeln, sondern darum, „einen Wachstums- und Stabilitätspakt für Deutschland“ vorzulegen.

Dieser Plan wurde im Januar im Koalitionsausschuss mit der **Union beraten – die außer Steuersenkungen nichts zu bieten hatte**. Es ist uns gelungen, viele der guten Ideen aus dem „Steinmeier-Plan“ durchzusetzen:

- einen massiven Impuls für kommunale Investitionen,
- den Grundsatz „Qualifizieren statt Entlassen“,
- die bereits erwähnte Unterstützung von Familien,
- die gezielte Unterstützung der Automobilbranche.

Das Herzstück ist das kommunale Investitionsprogramm. Allein der **Bund gibt zehn Milliarden Euro an die Kommunen. Die Stadt Troisdorf erhält aus diesen Mitteln gut 5,6 Millionen Euro, die sie in Vorhaben aus den Bereichen Bildung und Infrastruktur investieren kann.**

Die **Investitionsschwerpunkte Bildung und Infrastruktur** sind sehr bewusst gewählt: Der Bund schafft so nicht nur kurzfristig Nachfrage – und schützt damit Arbeitsplätze –, sondern **investiert zugleich in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes**. Das ausgegebene Geld ist nicht einfach verschwunden, sondern schafft dauerhafte Werte in unserem Land.

Einen ähnlich nachhaltigen Ansatz verfolgen wir auch mit dem Ziel, zusätzliche Investitionen in die **Energieeffizienz von Gebäuden** anzustoßen. Dafür werden die Mittel für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm um 3 Mrd. Euro für die Jahre 2009 bis 2011 aufgestockt. So haben wir einen Investitionspakt zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zur energetischen Sanierung von öffentlichen Einrichtungen (Schulen, Kindergärten, Sportstätten und auch von Großsiedlungen) geschaffen.

Die beiden unlängst beschlossenen Konjunkturpakete zusammen haben ein **Volumen von 80 Milliarden Euro**. Das ist das größte Konjunkturprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik. Dieses Geld ist gut angelegt: in den **Erhalt von Arbeitsplätzen, in Qualifizierung von Arbeitnehmern, in Bildung und in die Modernisierung unserer Infrastruktur – weit über die Krise hinaus**.

Wir Sozialdemokraten haben damit einmal mehr unter Beweis gestellt, dass wir langfristig denken und uns nicht von kurzatmigem Aktionismus treiben lassen.

Dank unserer **Beharrlichkeit** haben wir – von der Öffentlichkeit nahezu unbemerkt – einen weiteren wichtigen Durchbruch erzielt: Wir haben **Mindestlöhne für fünf neue Branchen** vereinbart, die nun ins Entsendegesetz aufgenommen werden. Dies sind die Entsorgungs-

branche, die Pflegedienste, das Wach- und Sicherheitsgewerbe, Bergbauspezialdienste und industrielle Großwäschereien. Für die Leiharbeit streben wir eine vergleichbare Regelung an: Hier soll eine Lohnuntergrenze im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz festgelegt werden. Wenn sich jetzt endlich alle Unionsabgeordneten an die bereits getroffenen Vereinbarungen halten, dann werden weitere 1,8 Millionen Arbeitnehmer in den Schutz von Mindestlohnregelungen einbezogen. So haben wir **Schritt für Schritt die Voraussetzungen geschaffen, um rund 3,5 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Lohndumping zu schützen**. Ziel für uns bleibt der gesetzliche Mindestlohn.

So manches ließe sich noch aufzählen, was die SPD in den vergangenen Jahren erreicht hat. Und viel zu oft halten wir mit unseren Erfolgen hinter den Berg!

Aber das Wichtigste ist doch:

Wenn 2009 tatsächlich zum Wendepunkt werden soll, wenn wir neue Spielregeln für die Soziale Marktwirtschaft wollen, wenn ein neues Jahrzehnt beginnen soll, dann brauchen wir **Frank-Walter Steinmeier** als Bundeskanzler. Er war es, der die entscheidenden Ideen für den Schutzschirm für Arbeitsplätze geliefert hat. Er ist es, der für den guten Ruf Deutschlands als verlässlicher Partner verantwortlich ist. Er verbindet Erfahrung in der Innen- und der Außenpolitik mit einer klaren Linie und sozialdemokratischen Werten.

Die Konservativen haben in letzter Zeit **sozialdemokratisch reden gelernt, weil sie wissen, dass das dem Zeitgeist entspricht**. Das Phänomen kennt ihr vom scheinheiligen Sozialapostel Rüttgers. Aber hinter der Rhetorik liegt die alte Melodie: Mehr Wettbewerb, weniger Staat, mehr Privatisierung, weniger öffentliches Eigentum, weniger Arbeitnehmerrechte, niedrige Löhne.

Dagegen können wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nun zeigen: **Dies ist die richtige Zeit für echte sozialdemokratische Antworten**.

In diesem schwierigen Jahr ist für die SPD die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise die wichtigste Aufgabe. Wir werden dabei aber auch unsere sozialstaatlichen Prinzipien und unsere ökologischen Ziele nicht vernachlässigen. Sie sind ein wichtiger Bestandteil unserer Antworten auf die Finanz- und Wirtschaftskrise. Wir Sozialdemokraten stehen für wirtschaftliche, finanzpolitische, soziale und ökologische Kompetenz wie keine andere Partei. Uns geht es um die ernsthafte und sachliche Diskussion dieser grundlegenden Fragen für die Zukunft

unseres Landes, auch in einem Wahljahr. Trickserien mit Wahlterminen, wie sie Herr Rüttgers zurzeit versucht, sind der Situation ebenso unangemessen wie populistische Ausfälle à la Mißfelder gegenüber den sozial Schwachen in unserer Gesellschaft.

Das wird von uns erwartet: Immer wieder neue gesellschaftliche Impulse geben, auch mal anecken, Kante zeigen und klare Kante ziehen. Die Sozialdemokratie steht nicht am Rand, sie steht in der Mitte der Gesellschaft. Darum wollen wir die Debatte über unseren Gesellschaftsentwurf für das neue Jahrzehnt aus der Mitte der Gesellschaft heraus starten.

Die Konservativen tun so, als hätten sie den Wahlsieg schon in der Tasche. Das ist Unsinn. Wir haben schon viele Male bewiesen, was sich in Wahlkämpfen bewirken lässt. Wir haben die Nerven, die Kreativität und das Handwerk. Wir haben den besseren Kanzlerkandidaten. Und wir haben die besseren, die überzeugenderen Ideen. Jetzt muss es uns gelingen, die Bürgerinnen und Bürger dafür zu begeistern. Das wünsche ich Euch und uns allen in den vor uns liegenden Monaten.